

Helmut Ridder (*1919)

Rede am 7. Mai 1985

Es fällt mir zu, auf dieser Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung unserer Universitätsstadt, zu der Sie mich freundlichst eingeladen haben, einen Vortrag zu halten zu einem Thema, über dessen Fassung wir uns zunächst noch einige Gedanken machen müssen. Der Tagesordnungspunkt heißt '40-jährige Wiederkehr des 8. Mai 1945 - Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland'. Das ist ein geschichtliches, ein zeitgeschichtliches Thema; und weil es ein geschichtliches Thema ist, ist seine Fassung unvollständig. Vergegenwärtigen wir uns: Wir leben, wie alle anderen europäischen Völker, in einer Zivilisation, die, im Unterschied zu manchen anderen Zivilisationen, etwa des Fernen Ostens, von ihren Anfängen an aufgrund ihrer jüdisch-christlichen, klassisch-humanistischen Prägung in einer ganz spezifischen einzigartigen Weise auf die Wachheit eines hochentwickelten geschichtlichen Bewußtseins angewiesen ist, von dessen Vorhandensein sogar die Erhaltung ihrer Identität abhängt. Es ist eine Zivilisation auf biblischer Grundlage, eine Zivilisation, nach deren Ur-Konzept die Menschheit nach dem Prolog im Paradies in die Geschichte entlassen worden ist, um sich die Erde untertan zu machen, und dafür, wie sie das tut, bis zum Ende der Geschichte rechenschaftspflichtig bleibt - die im engeren Sinne religiösen vor Gott als dem Herrn der Geschichte, die im Laufe der Geschichte entstandenen säkularisierten Denominationen und fruchtbaren Häresien vor der Geschichte selbst (das macht für uns keinen Unterschied, wir sind hier nicht in der Kirche, sondern in einer politischen Versammlung, in einem Raum, der im Zuge der Entfaltung unserer Zivilisation seine relative Autonomie gewonnen hat).

Geschichte ist etwas anderes als eine Summe von Geschichten, über die man das Wort 'damals' schreiben und die man damit gewissermaßen „abhaken“ könnte. Wer hätte das nicht selbst in diesen letzten Monaten, Wochen, Tagen und Stunden miterfahren, als es um jenes auf den 8. Mai 1985 orientierte Arrangement von Veranstaltungen aus Anlaß des amerikanischen Staatsbesuchs ging, als aus tiefsten Tiefen, von deren Vorhandensein die Jüngeren vielleicht größtenteils gar keine Ahnung gehabt haben, Haß, Wut, Erbitterung, Feindseligkeit nach innen und nach außen, quer durch Familien und diagonal durch die Generationen hindurch in einem unerhörten Ausmaß emporbrachen? Wer würde wohl ruhigen Gewissens sich und andern vormachen können, das wäre nun auch vorbei und der Alltag würde wieder wie nach einem Sturm im Wasserglas einziehen? Wer fürchtet denn wohl nicht - und ich sage mit vollem Recht -, daß das, was da in diesen Wochen geschehen ist, von allergrößtem Einfluß auf den internationalen moralischen Kurswert der Bun-

desrepublik Deutschland sein wird? Wer das dennoch nicht täte, der würde allerdings - und jetzt muß ich ein sehr hartes Wort aussprechen - dieselbe Indolenz an den Tag legen, die für einen Großteil der west-, später bundesdeutschen Bevölkerung und ihrer politischen Elite charakteristisch war, die sich erweist an der Art und Weise, wie mit dem 8. Mai 1945 umgegangen worden ist und damit wieder die Ursache für das teilweise geradezu makabre Geschehen geworden ist, dessen Zeugen wir in diesen Tagen sind.

Ich bin damit bei dem schon angesprochenen Punkt, nämlich bei der Erweiterung des Themas, die in einer Frage besteht, der Frage nämlich, *wovon das* „Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland“, das zweifellos und unbestreitbar am 8. Mai 1945 infolge des militärischen Siegs der Alliierten eingetreten ist, *der Anfang war*, und damit bei der Frage, ob dieser 8. Mai 1945, wie man oft sagt, wirklich die „Stunde Null“ bedeutet, und wenn ja, ob an dieser „Stunde Null“ nachträglich etwas verändert worden ist, und wenn ja, was die Gründe dafür sind, und wenn es tragende Gründe gibt, wie weit sie zurückreichen - womit sich der Kreis der von Herrn Professor Knauß angestellten Betrachtungen schließen würde.

Wie er habe ich einen politisch-zeitgeschichtlichen Gegenstand wissenschaftlich zu behandeln. Daß Politik der wissenschaftlichen Behandlung zugänglich ist und als sog. Kunst des Möglichen verkommt, wenn sie von der Wissenschaft abgesondert bleibt, hat sich in letzter Zeit herumgesprochen. Weniger gern wird gehört, dass Politik und Wissenschaft unterscheidbar, aber nicht trennbar sind; das gilt weithin als Politisierung von Wissenschaft. In Wahrheit aber erfolgt jede wissenschaftliche Äußerung von einem politischen Standort, wird sie von einem politischen Erkenntnisinteresse determiniert, auch wenn der Herold meint, in einem elfenbeinernen Turm zu sitzen; auch die vermeintlichen Elfenbeintürme stehen in einer konkreten Gesellschaft, nur schließen willentlich oder unwillentlich die Turmbewohner ihre Augen davor.

Was nun die m.E. allein zu rechtfertigende Standortbestimmung bei der Behandlung unseres Themas angeht, zögere ich nicht, sie zu nennen und das Genannte auch zu meinen. Letzteres, das Meinen, ist dabei das entscheidende; denn mit dem Nennen scheint man offene Türen einzurennen, handelt es sich doch schlicht und einfach um das demokratische Prinzip, das die bürgerlichen Gesellschaften in Westeuropa durch revolutionäre Tat in konkrete Staatsformen und Regierungssysteme umgesetzt und als politische Kultur gelebt haben. Erinnern wir uns bitte daran, daß bis zum Jahre 1918 demgegenüber in Deutschland gigantische und erfolgreiche offene Abwehrschlachten gegen die Demokratie geführt worden sind: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“ Dem folgte 1918 ein aufgefangener und ka-

nalisierte Revolutionsversuch, der nicht etwa deswegen schon ein Durchbruch zur Demokratie gewesen ist, weil die Monarchen aufs Altenteil geschickt wurden, was übrigens eine Bedingung des amerikanischen Waffenstillstandsultimatums, also „aufgezwungen“ gewesen ist. Als „aufgezwungen“ angesehen hat auch die Mehrheit der Deutschen, die das Sagen hatten, die also zur „politischen Klasse“ gehörten, den Parlamentarismus, das einzige für das Eindringen von Demokratie geöffnete Fenster des politischen Systems von Weimar, dessen Regierungen etwa die Hälfte des kurzen Lebens der Weimarer Republik mit dem Diktaturartikel 48 der Reichsverfassung ihren Willen durchzusetzen versucht und weitestgehend durchgesetzt haben, mit einem Artikel, aufgrund dessen der Reichspräsident als „Ersatzkaiser“ erschien (in Wahrheit waren seine Vollmachten noch größer als die der wilhelminischen Regenten). Es ist eine nur zu gern geglaubte, aber durch den Glauben eben nicht zu beweisende Legende - Legenden spielen eine unendlich verhängnisvolle Rolle bei fast allen Versuchen, den Ehrlichen wie den Unehrllichen, zu erklären, wie es zu jener sog. Machtergreifung Hitlers gekommen ist - , es ist eine Legende, sage ich, daß Weimar auch nur im engeren staatsorganisatorischen Bereich praktizierte Demokratie gewesen sei, von der Frage gesellschaftlicher, sog. sozialer Demokratie ganz zu schweigen. Längst vor dem 30. Januar 1933 war es bei den Eliten und auch in großen Teilen der an sich mit irgendwelchen demokratischen Konzepten umgehenden politischen Parteien eine ausgemachte Sache, daß das undeutsche Experiment zu Ende gehen müsse, und nur auf dieser Grundlage konnte den Nazis die Staatsmacht förmlich in die Hand gedrückt werden, und von dieser Grundlage aus versteht es sich, daß die „Machtergreifung“ eine Jubelfeier wurde und nichts von dem stattfand, was hätte stattfinden müssen und hätte stattfinden können, wenn der demokratische Gedanke Fuß gefaßt hätte, nämlich von einem Generalstreik. Der mit dieser Feststellung verbundene Vorwurf trifft ausnahmslos alle politischen Kräfte von Weimar, freilich die Wegbereiter und Steigbügelhalter, die Profitmacher und Machtergreifungsgewinnler um ein vielfaches mehr als diejenigen, die sogleich zu den Opfern gehörten.

Meine Damen und Herren, wenn ich gerade das Wort „Vorwurf“ gebraucht habe, so bitte ich auch dies als eine wissenschaftliche Qualifizierung zu verstehen, die nicht mit individuellen Schuldzuweisungen zu verwechseln ist. Für solche gibt es andere Instanzen als die Geschichte; von ihnen ist hier nicht zu sprechen. Wir suchen vielmehr nach den Gründen, die die Zuweisung kollektiver politischer Verantwortung rechtfertigen. Und für eine solche Verantwortung, die, selbst wenn sie erkannt und verarbeitet wird, nicht einmal in einer Generation abgebaut werden kann, und die niemals abgebaut wird, wenn sie nicht erkannt und verarbeitet wird, spielt es keine Rolle, ob jemand „damals“ 15 Jahre alt oder jünger gewesen ist oder

noch gar nicht geboren war. Ich sage jetzt schon, daß diese schmerzhafteste Erkenntnis, ohne die es keine demokratische politische Kultur geben kann, in den 40 Jahren seit dem 8. Mai 1945 bis zum 8. Mai 1985 nicht Gemeingut der „politischen Klasse“ und der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung geworden ist. Und ich sage gleichzeitig noch etwas zur Ergänzung des Begriffs von Geschichte. Geschichte besteht aus Ereignissen, das sind jene „Geschichten“, und sie besteht aus Nicht-Ereignissen. Die „Wahl“ der Nicht-Ereignisse, die wir für entscheidend halten, ist ein bewertender Akt, der von dem politischen Standort, hier also von dem der Demokratie, her erfolgt; dies ist gleichzeitig der so unendlich mühsame Prozeß, den man das „Lernen aus der Geschichte“ nennt und dem die Wissenschaft beistehen kann (natürlich nicht garantiert irrtumsfrei, doch kann sie immerhin ihre Irrtümer auch als Irrtümer erkennen und läßt sie Geschichte nicht als ein Chaos von Zufällen erscheinen). Ich habe hier nichts von den unvorstellbaren und doch von Menschen begangenen Greueln unter dem Nazi-Regime nachzuzeichnen. Doch möchte ich an das Wort „unvorstellbar“ eine, wie mir scheint, wichtige Bemerkung anknüpfen. Es tritt, Alexander Mitscherlich und andere haben uns das deutlich gezeigt, vor allem, wenn das in Permanenz organisierte Staatsverbrechen die Sphäre des absolut Bösen erreicht hat, u. U. für eine ganze Nation ein pathologischer Befund ein, mit dem die Psychoanalytiker und Psychotherapeuten sonst nur bei einzelnen zu tun haben. Das ist die Verdrängung des selbst für die Täter unerträglichen Teils ihrer selbst auf andere, weil sie sonst selbst nicht leben könnten, die Herstellung des Sündenbocks, der für das Übel der Welt verantwortlich gemacht wird. In diesem pathologischen Zustand der Abspaltung, Verdrängung, Verschiebung und Projizierung auf andere haben die Deutschen schon im „Dritten Reich“ gelebt. Das erklärt nicht alles, aber es erklärt einen sonst unerklärlichen Rest, der bleibt, wenn man alle anderen Elemente, die tradierte Demokratiefeindschaft, den tradierten Antisemitismus, den tradierten Antikommunismus, die Skrupellosigkeit beim keuchenden Hochstoßen zu einer Politik deutscher „Weltgeltung“ usw. zusammenzählt, die zu den Ursachen des *hier und nirgendwo anders* realisierten Nazi-Staats gehören. Daß die Propagandamaschinerie des „Dritten Reiches“ diese Traumatisierung bewußt in ihren Dienst gestellt hat, ist hier nicht weiter zu verfolgen. Aber wichtig für uns ist, daß eine ganze derart traumatisierte Nation eben nicht wie ein Patient auf die Couch gelegt werden kann und daß nicht ersichtlich ist, daß am 8. Mai 1945 eine Wunderheilung erfolgt sein könnte. Es hat auch nicht am 8. Mai 1945 das Wunder einer durchgreifenden Erneuerung der politischen Ideologie der Deutschen im Sinne von Demokratie gegeben. Am 8. Mai 1945 hätte es ja frühestens passieren können. Denn bis zum 7. Mai 1945 haben die Deutschen in ihrer Gesamtheit keinen Widerstand geleistet, weder das Bürgertum noch die Arbeiterklasse. Deutscher Wi-

derstand war ein inselhaftes Phänomen geblieben. Dies festzustellen, mindert nicht die Ehre derjenigen, die tatsächlich Widerstand geleistet haben, es kann nur dazu beitragen, dieser Leistung noch nachträglich einen Sinn abzugewinnen.

Innen- und Außenpolitik sind immer nur zwei Seiten ein und derselben Medaille. Lassen Sie mich bitte noch einmal ganz kurz zusammenfassen, was für eine außenpolitische Katastrophenpolitik die dem Ausland weniger als uns vergeßliche andere Seite unserer inneren Mentalitätsstrukturen gewesen ist. Nach dem Geschichtsspendium der Normalschule von Weimar, die ich besucht habe, haben vor dem Ersten Weltkrieg die westeuropäischen Länder den leider zu spät gekommenen Deutschen bei der kolonialen Verteilung der Welt ihre späten Erfolge geneidet, sich also unserem Bemühen um einen „Platz an der Sonne“ widersetzt (so hieß das; ob den Wortführern der heutigen Aktion „Platz an der Sonne“ die historische Belastung bewußt ist?). Dagegen haben wir dann endlich 1914 zur Tat ausholen müssen („Gott strafe England!“). Die Wahrheit über die Kriegsursachen haben die Untersuchungsinstanzen, wohlgerne der Weimarer Reichsrepublik, nicht ans Licht kommen lassen. Das blieb einem Historiker wie Fritz Fischer überlassen, dessen Untersuchungen sich nur mit großer Mühe einen „Platz an der Sonne“ haben verschaffen können. Wir haben also nach der damals geläufigen Doktrin mit dem Ersten Weltkrieg einen gerechten Verteidigungskrieg geführt und ihn deswegen ungerichterweise verloren. Das System von Weimar - Genf - Versailles hat man uns aufgezwungen, und damit haben die Sieger von 1918 die Schuld am Zweiten Weltkrieg auf sich geladen. Daß der nämlich kommen mußte, war auch in der Reichsrepublik von Weimar schon projektiert, die die Schwarze Reichswehr organisiert hat und die die Grenzen der Nachbarn im Osten nicht durch einen Ost-Locarno-Vertrag garantieren wollte. Mit Hitler ging's dann nur schneller.

Wie man post festum mit diesem Phänomen Hitler umgeht, zeigt die weit verbreitete Verdrängungssprache. Ich komme nicht umhin, dazu einen Satz des derzeit amtierenden Bundeskanzlers zu zitieren, weil er geradezu repräsentativ ist für das Verdrängungsphänomen. Gesprochen wurde dieser Satz im vergangenen Jahr in Oxford vor einem darob versteinerten, die Sprache verlierenden Publikum (man täusche sich nicht über das beredete Schweigen eines ja aus „Freunden“ bestehenden Publikums, das um der „Freundschaft“ willen oft so tut oder so tun zu müssen meint, als ob es nicht gehört hätte). Der Satz gilt den 12 Jahren von 1933 bis 1945 und lautet: „Dann kamen die Jahre der Heimsuchung“. Das ist sicher eine biblische Assoziation. Wir sehen, wie der große Dulder Hiob im Auftrage einer höheren Macht durch eine böse Macht schwer geprüft wird, die eigentlich gar keine deutsche war! Das Ungeheuer ist nicht dem eigenen Schoß entkrochen. Es kam irgendwo her. Es war eine böse Macht, die „im deutschen Namen“ all die schrecklichen

Dinge getan hat. Darf man fragen, wie es kommt, daß selbst Mitbürger, die sich mit demokratischen Denkansätzen der Politik nähern, diesen entsetzlichen Ausdruck „im deutschen Namen“ gebrauchen, der aus einem Unterbewußtsein kommt und im Unterbewußtsein gleichzeitig wieder befestigt, daß andere den deutschen Namen mißbraucht hätten? Da ist er wieder, dieser Verdrängungsmechanismus, der die Aufarbeitung blockiert, die zu den unerläßlichen Voraussetzungen für die Herausbildung eines normalen bürgerlich-demokratischen Bewußtseins und damit des realen, nicht nur vorgetäuschten oder eingebildeten Eintritts in die westeuropäische Staatenfamilie gehört.

Noch beklemmender wird der Befund, wenn wir uns genauer ansehen, wie die Schandtaten Nazi-Deutschlands im einzelnen der Sache und dem Gefühl nach ganz unterschiedlich qualifiziert werden. Lautstark gilt auch die amtliche Verurteilung der gnadenlosen Ausrottung der Juden im immer größer gewordenen Machtbereich Nazi-Deutschlands (die Untersuchungen über die mittelbare Veranlassung der Judenverfolgung in den Satellitenstaaten sind noch gar nicht abgeschlossen). Man darf nicht nur, ja man muß, um die hingemordeten jüdischen Opfer vor nochmaliger Erniedrigung zu retten, fragen, warum das antisemitische Wüten möglicherweise „schlimmer“ gewesen sein soll als die Ermordung von nichtjüdischen Widerstandskämpfern, von Kommunisten, von verhungerten sowjetischen Kriegsgefangenen usw. Es gibt eine Antwort, die man, wenn man angestrengt auf Neben- und Untertöne lauscht, hören kann, obwohl sie nie artikuliert wird. Und diese Antwort ist erschütternd: Die Juden wurden aus sog. rassistischen Gründen umgebracht, also auch soweit sie - und das gilt für den größten Teil der Ermordeten - keinen Widerstand geleistet hatten, ja sogar vielleicht aus nur eben diesen „rassistischen Gründen“ verhinderte Sympathisanten eines jedenfalls nicht sonderlich demokratischen, eher autoritären Regimes waren. Kommunisten aber wurden umgebracht, weil sie „politische“ Gegner waren, weil sie Widerstand geleistet hatten. Wie ist es zu rechtfertigen, daß um diesen kommunistischen Widerstand bestenfalls amtliches Stillschweigen gebreitet wird? Da gilt die Verfolgung eher als ein „Exzeß“; man hätte eben weniger hart mit diesen Menschen umgehen müssen, die doch zu denen gehören, die durch ihren Widerstand ein Stück wenigstens der deutschen nationalen Ehre gerettet haben.

Die praktischen Konsequenzen aus dieser Bewußtseinsspaltung sind makaber und grotesk. Ich erinnere an den weit über die Landesgrenzen, ja weltbekannt gewordenen hessischen Berufsverbotsfall, wo eine kommunistisch organisierte junge Lehrerin aus einer naziverfolgten deutsch-jüdisch-kommunistischen Familie ihre Einstellung in den Schuldienst durch ein exakt rechenhaftes, geradezu mustergültiges bürokratisches Verfahren folgendermaßen erreicht hat: Ein Malus für das Kommunis-

tische - und das heißt heute zweifelsohne für eine legale politische Betätigung davon subtrahiert ein etwas kleinerer Bonus für das Jüdische, für die „rassische“ Verfolgung der Familie - ergibt: unter abwägender Berücksichtigung von Be- und Entlastung immerhin eine Einstellung, aber eben nicht im Beamten-, sondern im Angestelltenverhältnis. Vielleicht muß man sogar noch viel tiefer bohren, bis in die tiefsten Falten der unterbewußten Kollektivseele. Das ist besonders schmerzhaft, aber ohne diese Schmerzen kann es gar keine Sanierung geben: Verläuft die postume Ehrung der jüdischen Opfer vielleicht nur deswegen so frei von Zwischenfällen, weil es fast gar keine Juden mehr gibt? Weil die wenigen Überlebenden es größtenteils vorgezogen haben, nicht nach Deutschland zurückzukehren? Weil es einen Staat Israel gibt, der auch gegründet wurde um dem jüdischen Holocaust Spuren eines geschichtlichen Sinnes abzugewinnen, und der durch den Abschluß eines frühen Vertrages mit der Bundesrepublik Deutschland dieser die Wiederaufnahme in den Kreis der zivilisierten Staaten ermöglicht hat? Ich wage mich kaum zu fragen, wie es wäre, wenn das größtenteils anders wäre und in einer Zeit der ökonomischen Rezession und der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit jüdische Konkurrenzen in den diversen Sektoren des gewerblichen und beruflichen Lebens zahlenmäßig ins Gewicht fallen würden.

Ich spreche das gerade am Vorabend des 8. Mai 1985 verabschiedete schandbare Gesetz betreffend die Auschwitzlüge usw. an: Wie nach der bisherigen Rechtsprechung soll auch weiterhin ermittelt werden, ob das Verbreiten der entsprechenden Geschichtsfälschungen beleidigend für die Opfer, also beispielsweise für die jüdischen Opfer sei. Wer aber ist „Jude“? Die Definition enthält nur eine Gesetzgebung, das ist die Gesetzgebung von Nürnberg aus dem Jahre 1935, seinerzeit vorbereitet und erläutert von dem nachmaligen Staatssekretär des ersten Bundeskanzlers, Hans Globke. Es ist jetzt still um ihn geworden. Aber es ist allen Ernstes darüber gesprochen worden, daß er eigentlich ein Widerständler sei, hat er doch durch das sorgfältige Ausfeilen der Kriterien für sog. Halb- und Vierteljuden, wie man sagte, vielen Menschen das Leben gerettet. Ist das nicht eine unfassbare Ungeheuerlichkeit?

Ich spreche die heutige Strafgesetzgebung gegen die Verbreitung und Aufbewahrung nationalsozialistischer Embleme an: Die zahlenmäßige Hauptmasse dieser Embleme ist rechtzeitig im Wege der Bewußtseinspaltung und Verdrängung dem Zugriff dieses Strafrechts entzogen worden. Das sind nämlich die vom „Dritten Reich“ verliehenen Kriegsorden. Sie dürfen getragen werden, wenn das Hakenkreuz auf ihnen ausgewetzt ist. Der Vorgang ist bezeichnend dafür, daß jener wichtige Unterschied zwischen individueller Schuld und kollektiver politischer Verantwortung in unserem gesellschaftlichen Bewußtsein überhaupt nicht vorhanden ist.

Diese Orden werden getragen auf der Grundlage eines spaltenden und gespaltenen Bewußtseins, für das ein unteilbar verbrecherischer Krieg in einem honorigen und einen verbrecherischen Teil zerlegt werden kann und nur der honorige Teil stattgefunden hat, der nicht gewesen ist. Fiktive ersetzt die reale Geschichte.

Mir scheint nach alledem, daß beispielsweise das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken mit seiner in diesen Tagen den Medien übergebenen Erklärung falsch liegt, wonach der 8. Mai 1945 ein „Ausgangsdatum für die geistige und sittliche Erneuerung unserer politischen Kultur“ gewesen sein soll. Kein Zweifel, daß die „bedingungslose Kapitulation“ von diesem Tage nach den Vorstellungen der Siegermächte ein solches Ausgangsdatum werden sollte. Die „bedingungslose Kapitulation“ war auch eine notwendige Voraussetzung für einen möglichen Eintritt einer solchen Erneuerung. Kein Zweifel auch, daß so etwas wie eine „Entfaschisierung“ stattgefunden hat. Was aber fehlte und auch nicht durch die in Durchführung und Wirkung sogar höchst nachteilige bürokratisierte „Entnazifizierung“ ersetzt werden konnte, in deren seltsamen Maschen die kleinen Fische hängenblieben, während die großen durchschlüpfen konnten, war die Erneuerung im Sinne von Demokratie. *Es kann kein Volk zur Demokratie befreit werden. Es kann sich nur selbst dazu befreien.* Die Chancen waren gegeben. Sie wurden zu einem erheblichen Teil vertan, weil die Kräfte - verständlicher-, aber nicht verzeihlicher Weise - für die möglichst schnelle Wiederherstellung eines normalen Alltags mit einem restaurativen System verbraucht wurden, das lediglich den sog. „typisch nationalsozialistischen“ Einrichtungen des „Dritten Reichs“ zu Leibe ging, aber nicht mit dem alten Antidemokratismus aufräumte, der die Geburt des „Dritten Reichs“ erst ermöglicht hatte. Was diesen angeht, wurde sogar die realitätswidrige Legende aufgestellt, Weimar sei am Übermaß von Demokratie zugrunde gegangen. Und seither war die Angst vor einem solchen demokratischen „Übermaß“ die maßgebliche Kraft bei dem Versuch, mit der Bundesrepublik Deutschland einen neuen deutschen Staat aus der Taufe zu heben. Das hatte dann die hier nicht weiter zu erörternden bekannten Folgen der weitgehenden Drosselung des Parlamentarismus, der Ausrottung der sog. plebisziären Elemente, der ideologischen Umbildung repräsentativer Volksvertretung in Staatsrepräsentation, der Bevormundung des demokratischen Souveräns durch ein zum „Verfassungshüter“ eingesetztes Bundesverfassungsgericht, das durch die Praxis seiner unaufhebbaren Entscheidungen, die alle anderen Staatsorgane binden, also tatsächlich im Rang sogar über dem verfassungsändernden Gesetzgeber steht und den Gesetzgeber von bestimmten Sachgebieten praktisch aussperrt und ihn anleiten kann, ohne dafür politische Verantwortung tragen zu müssen, usw. Und es ist sicher auch falsch, um ein weiteres Beispiel aus den zahlreichen Erklärungen dieser Tage zu nennen, wenn die gutgemeinte und sicherlich mit viel Mühe ausgearbeitete

Erklärung der beiden deutschen Pen-Zentren und der deutschsprachigen Autoren im Ausland zum 8. Mai sagt, daß die militärische Niederlage von damals einem verbrecherischen Regime ein Ende gesetzt habe, und dann hinzufügt, daß dieser Tag eine „geschichtliche Zäsur“ gewesen ist. Die „Zäsur“ bestand nur in der Beseitigung von „Exzessen“, aber nicht in der Ausschälung des tief sitzenden antidemokratischen Rückenstrangs, der in der deutschen politischen und Verfassungsgeschichte zurückreicht bis zum Scheitern des bescheidenen Revolutionsversuchs von 1848 und begonnen hat mit der diesem Zusammenbruch unmittelbar folgenden national-liberalen Kompromißlinie.

Den erst nach der Gründung der Bundesrepublik Geborenen oder ins Schulalter Gelangten muß, damit sie die Schwierigkeit der Lage und die Perspektiven unseres künftigen Verhältnisses zu unseren Nachbarn richtig einschätzen können, ein Umstand in seiner vollen Tragweite klar werden, der die Bundesrepublik von allen anderen europäischen Staaten unterscheidet und zugleich von Amts wegen das Fundament ihres ganzen Daseins ist und wiederum mit dem Zerrinnen der Möglichkeiten vom 8. Mai zusammenhängt. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland war ja nicht von den Siegermächten vorgesehen, die die „bedingungslose Kapitulation“ des Deutschen Reiches vorgesehen und durchgesetzt haben. *Sie ist ein Kind des Kalten Krieges.* Sie ist also mit anderen Worten ein Frontstaat. Sie wurde mit Erlangung ihrer Souveränität in das westliche WEU-NATO-System eingebunden und hat die Existenzweite eines „normalen“ westeuropäischen Staates nie erfahren können. Sie hat die gerade genannten Vorgänge - aber damit steht sie allein – ideologisch hineinverarbeitet in die ihr vorausliegende deutsche Vergangenheit gerade auch des Deutschen Reichs unter dem Nazi-Regime und läßt, indem sie gleichzeitig die realitätsferne These von der Fortexistenz eines „deutschen Gesamtstaats“, mit dem sie selbst „identisch“ sei, hervorgebracht hat, dem Geschehen des Zweiten Weltkriegs eine Deutung angedeihen, mit der sie sich ins politische und moralische Abseits manövrieren kann, wenn sie dieses Selbstverständnis nicht sehr bald und völlig grundlegend ändert. Ich vereinfache, um das wesentliche klarer sagen zu können. Und ich verschätze mich kaum in der Annahme, daß davon gerade in diesen Tagen auch hierzulande etwas gespürt wird; der amerikanische Präsident wird es sehr viel früher und sehr viel härter zu spüren bekommen, wenn er heimgekehrt ist und seine Berater ihm vor Augen führen, welch einen Scherbenhaufen eine Politik falscher, mit gegenseitigen Erpressungen verbundener gegenseitiger Rücksichtnahmen zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 angerichtet hat. Bei all dem ist nämlich zu berücksichtigen, daß in den USA, selbst wenn der Präsident Reagan heißt, die politische Rhetorik und das reale politische Wollen doch etwas weiter auseinanderliegen als in der Bundesrepublik Deutschland. Man muß, wenn man schon mit

Biereifer und unangebrachter Plumpeit zum Westen gehören will, die Dinge *mit den Augen des Westens sehen*, die Realitäten wahrnehmen, die der bundesdeutschen Nabelschau verborgen bleiben. So haben selbst Mr. Reagan und seine beifallsfreudigen jugendlichen Zuhörer aus der Bundesrepublik Deutschland in Hambach in aller Freundlichkeit, abgesehen von der Erflehung von Gottes Segen, in der Sache völlig aneinander vorbeigeredet bzw. geklatscht. Mr. Reagan hat etwas von den Visionen vorgetragen, die er nachts in seinen Träumen hat und die er *mutatis mutandis* vor Exilkroaten, weißrussischen Legitimisten usw. verlautbaren würde und vor versehentlich eingeschalteten Mikrofonen gelegentlich äußert, die aber kein Bestandteil konkreter politischer Programme der mit der Verteidigung ihrer Hinterhöfe ausreichend belasteten amerikanischen sog. Supermacht sind, wohingegen die deutschen Zuhörer und ihre väterlichen Freunde aus diesen Äußerungen die Bestätigung einer grundlegenden Lebenslüge der Bundesrepublik Deutschland herausgehört haben. Die Juristen nennen sowas einen Dissens und wissen, daß daraus in der Regel nichts konkret Greifbares erwächst.

Weil darüber im Gegensatz zur amerikanischen in der bundesdeutschen Presse nichts zu finden sein wird und weil es einen hohen Erklärungswert für die Frage unseres Umgangs mit dem 8. Mai 1945 hat, möchte ich wenigstens hier etwas dazu sagen. Ich gehe dabei aus von der Aussage eines ehemaligen Waffen-SS-Angehörigen, der in diesen Tagen auf dem Bildschirm erklärte, er habe dafür gekämpft, daß die Sowjets nicht nach Bitburg hätten kommen können, eine der zahllosen Varianten des bekannten Briefs von Herrn Dr. Dregger an die amerikanischen Senatoren. Hier sehen Sie den Verdrängungsmechanismus auf einem seiner operativen Höhepunkte. Niemals hat die Sowjetunion auch nur ein Interesse daran gehabt, nach Bitburg zu kommen, und sie wäre auch nicht bis nach Berlin, Leipzig und Torgau marschiert, wenn sie nicht im Jahre 1941 von den Deutschen überfallen worden wäre. Die pathologische Bewußtseinspaltung und Verdrängung löst die historischen Kausalketten auf und stellt die Realitäten auf den Kopf. Sie projiziert das, was man selbst getan hat, auf die, denen man es angetan hat. Sie fälscht auch diesen Angriffskrieg von unerhörter barbarischer Dimension um in einen gerechten Verteidigungskrieg. Und dann ist es natürlich wieder eine Ungerechtigkeit, daß man diesen verloren hat, und man pocht deswegen auf Wiedergutmachung der Ungerechtigkeit.

Begünstigt wurde diese Entfaltung pathologischer Einfalt durch das von keinem der westlichen „Freunde“ je geteilten Fehlverständnis der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO. Sie wurde in jenen Dunkelkammern des Bewußtseins gedeutet als nachträgliche Billigung des „Westens“ zum Überfall auf die Sowjetunion, ja gleichzeitig auch als das Eingeständnis des „Westens“, daß er im Zweiten

Weltkrieg auf der falschen Seite gekämpft habe (das war allerdings auch die Auffassung Adolf Hitlers).

Das ging bis zum wohlwollenden Schulterklopfen, das sich ein Kind des Kalten Krieges erlaubt, das groß und ökonomisch und politisch und militärisch stark geworden ist, in der Tat ein „Riese“, um ein Wort des derzeitigen bayerischen Ministerpräsidenten zu gebrauchen. Der vom Schmerzenslager wieder aufgestandene eingebildete deutsche Hiob hat das immer betretener werdende Schweigen seiner westlichen „Freunde“ als moralische und juristische Stütze interpretiert, auch als Stütze der von ihm reklamierten „besonderen Verantwortung“ - gemeint ist ein besonderer Führungsanspruch - für die Gestaltung der kommenden Dinge in einem von den USA sich allmählich lösenden Europa. Man halte sich doch an den seriösen Journalismus in dem Lande jenseits des Atlantik, um sich eines besseren belehren zu lassen. Dann wird man mit dem erforderlichen Erschrecken auch feststellen können, was die durch antikommunistisch-staatsstreichartige Aktionen in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland herbeigeführte Schrumpfung des bürgerlich-demokratischen Spektrums in der Bundesrepublik für eine Gefahr für uns und die Welt bedeutet. Sie hat ein großes humanistisches Erbe - von Goethe bis Thomas Mann - der Verachtung preisgegeben und ein dem „Westen“ nicht faßliches Klima erzeugt, in dem die Sensibilität für die Erfassung einer außerordentlich komplizierten Weltlage verloren geht. Da werden - rechts wie links übrigens - nur noch Holzschnitte in schwarz und weiß auf die Platte gebannt. Da wird dem nicht der antikommunistischen Raserei verfallenen Nichtkommunisten Prokommunismus unterstellt. Da werden die Geister des Kreuzzugs des vermeintlich absolut Guten gegen das vermeintlich absolut Böse mobilisiert. Wie ist das mit der Versicherung zu vereinbaren, daß von deutschem Roden nie wieder ein Krieg ausgehen darf?

Dient es der Verwirklichung dieses Schwurs, wenn der gegenüber der Sowjetunion gescheiterte Versuch einer Politik der Stärke nunmehr gegenüber den Amerikanern wiederholt wird, wenn z. B. die FAZ droht - ich zitiere wörtlich - : „Jene Amerikaner, die sich heute die Hirne vernebeln lassen, die vier Jahrzehnte einer gewachsenen Freundschaft bedenkenlos aufs Spiel setzen [...] sie werden es noch bereuen [...]“? Wenn die Amerikaner mit dem Vorzeigen von linkem und rechtem Anti-Amerikanismus unter Druck gesetzt werden? Wenn der Bundespräsident sagt, wir seien die treuesten der Bundesgenossen, „aber nur, wenn sie“, die Amerikaner, ich zitiere wieder wörtlich, „die Deutschen so nehmen, wie sie sind“, wo wir doch offensichtlich in einem so hohen Grade noch so sind, wie wir waren? Dient es der Verwirklichung des Schwurs, wenn gesagt wird, die „deutsche Frage“ sei solange „offen“, wie das Brandenburger Tor geschlossen ist oder könnte es nicht eher so

sein, daß das Brandenburger Tor sich nur dann organisch zu öffnen beginnen kann, wenn die „deutsche Frage“ geschlossen wird? Warum haben wir stillschweigend den Artikel 146 unseres eigenen Grundgesetzes außer Kraft gesetzt (das ist der Artikel, wonach ein Gesamtdeutschland nur aus dem Untergang der Bundesrepublik Deutschland hervorgehen kann)? Das liegt daran, daß der Verdrängungsmechanismus zu folgenreichen Verwechslungen geführt hat, was das sog. deutsche Provisorium angeht. Im öffentlichen Bewußtsein und als Bestimmungsfaktor von Politik ist wie gesagt der Artikel 146 des Grundgesetzes verschwunden, nach dem die Bundesrepublik *sich einzubringen* gehabt hätte; und an die Stelle getreten ist der Artikel 23 des Grundgesetzes, wonach die Bundesrepublik Deutschland sich nur noch durch den *Anschluß* anderer deutscher Territorien zu erweitern hätte. Der SPD-Abgeordnete Mommer hat seinerzeit nach der Angliederung des Saarlands in den 50er Jahren an die Bundesrepublik mit Recht erklärt, die historische Mission des Artikel 23 GG sei damit erschöpft. Der Berliner CDU-Abgeordnete des Deutschen Bundestags Professor Friedensburg hat mir schon Anfang der 60er Jahre händeringend geklagt, er fände bei seinen jüngeren Bundestagskollegen und Parteifreunden niemanden mehr, dem das nahegebracht werden könnte, und er wisse nicht, wie dem langsamen aber unentwegten Zusteuern auf eine neue Kriegskatastrophe im Zusammenhang mit der „deutschen Frage“ noch Einhalt geboten werden könne.

Ist es wirklich eine Zurücknahme tradierter Ambitionen und deutscher Großmachtpolitik, die kein Land der Welt teilt, wenn heute - ich zitiere den amtierenden Staatssekretär Dr. Hennig - gesagt wird: „Die deutsche Frage ist [...] in ihrem Kern kein territoriales Problem, sondern sie ist eine Frage der Freiheit. Solange die Freiheit nicht hergestellt ist, ist die deutsche Frage offen“? Mir scheint eher, daß damit sogar eine deutsche Weltmission proklamiert wird. Die „deutsche Frage“ wird so die Frage der Freiheit, die wir meinen, in allen Räumen, die wir meinen. Und das nach zwei Weltkriegen, die wir als Bannerträger der „Freiheit“ begonnen und geführt haben und von denen der zweite die jüdisch-christliche, klassisch-humanistische Zivilisation bis in ihre positiven Grundfesten erschüttert hat!

Blicken wir heute nach 40 Jahren auf den 8. Mai 1945 zurück, so müssen wir feststellen, daß der Neuanfang schon sehr, sehr früh steckengeblieben ist, daß die „Stunde Null“ rückwirkend nullifiziert worden ist und daß noch nicht begriffen worden ist, daß die Nullifizierung der Stunde Null nur dadurch nullifiziert werden kann, daß dieses unser Land sich damit bescheidet, seine Frontstaatsmentalität und seine antidemokratischen Anomalien abzulegen, um ein normaler bürgerlich-demokratischer Staat zu werden. Es ist zu hoffen, daß eine genauere Besichtigung des zum 8. Mai 1985 angerichteten politischen Scherbenhaufens die Gewinnung der dazu erforderlichen Erkenntnisse fördern wird. Das wird nicht ohne schwere

und tiefgreifende Auseinandersetzungen vonstatten gehen können, bei denen der vielgepriesene Grundkonsens unter den etablierten Mächten auf einen Schleudersitz gerät. Das mag vielen als ein sehr hoher, ein zu hoher Preis erscheinen, den sie nicht zu zahlen bereit sind. Ich meine, daß dafür, daß ein erwiesener Kriegsherd im Herzen Europas endgültig kaltgestellt wird, kein Preis zu hoch ist, der ohne einen erneuten Rückfall in die Verfahren der Barbarei entrichtet werden kann. Möge es nicht noch einmal 40 Jahre dauern, bis wir, und das heißt für viele von uns, bis unsere Nachkommen dahin gelangen.

Vortrag von Professor Dr. Dr. h.c. Helmut Ridder zur Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen aus Anlaß des 40. Jahrestages des 8. Mai 1945 am 7. Mai 1985, in: basis news extra (Februar 1988), S. 14-19.